

Zu Händen der KVF-N, KVF-S, FK-S, FK-N

Bern, 9. Oktober 2023

Budget 2024: Sparvorgaben regionaler Personenverkehr (RPV)

Sehr geehrte Damen und Herren der KVF-N, KVF-S, FK-S, FK-N

Sie behandeln das **Budget des Bundes 2024**. Dabei befinden Sie auch über die **Sparvorgaben für den regionalen Personenverkehr (RPV)**.

Der Bundesrat plant bei den schwach gebundenen Ausgaben eine Kürzung von zwei Prozent gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres. Zu diesen Ausgaben gehört auch der RPV. Der Personalverband transfair lehnt diese Sparmassnahme als unverantwortlich ab und empfiehlt auf die geplante Kürzung der RPV-Abgeltungen nicht einzutreten.

Die Umsetzung der Sparvorgaben für den RPV ist aus Sicht des Personalverbands transfair aus folgenden Gründen zu verhindern:

- Insbesondere für die **ländlichen Regionen** stellt die Sparvorgabe ein **grosses Risiko** dar, da sie oft vollständig von einer guten Erschliessung durch den RPV abhängig sind. Die Kürzungen können zu **reduzierten Angeboten und Verschlechterungen der Anschlüsse der Randregionen** führen.
- Erst kürzlich wurden dem RPV via Nachtragskredit 2023 87 Millionen Franken gesprochen, da sich dieser mit deutlich höheren ungedeckten Kosten konfrontiert sieht. Der Mehrbedarf ist auf gute Angebote, Erneuerung des Rollmaterials, steigende Preise sowie auf die Covid-Pandemie und den Ukraine-Krieg zurückzuführen. **Mit der geplanten Sparvorgabe würden die vom Parlament gesprochenen Mittel dem RPV sogleich wieder entzogen!**
- Problematisch ist auch die dadurch resultierende **finanzielle Unstetigkeit**. Damit wird die Planbarkeit für die Transportunternehmen im RPV massgebend erschwert.
- Der **RPV ist finanziell unter Druck**. Aufgrund der stark steigenden Strompreise sehen sich viele Bahnunternehmen bereits mit weiteren ungedeckten Kosten konfrontiert. Eine Mittelkürzung würde die Situation weiter verschlimmern.
- Bereits heute besteht im öffentlichen Verkehr ein **grosser Fachkräftemangel**. Werden dem RPV zusätzliche Mittel entzogen, verschlechtern sich unmittelbar die Arbeitsbedingungen. Damit die regionalen Transportunternehmen ihre Stellen weiterhin ausreichend besetzen können, braucht es die gesprochenen finanziellen Mittel 2023 und auch einen Mehrbedarf im 2024. Erstens müssen die **Arbeitsbedingungen** im öV attraktiv bleiben, um weiterhin gutes und kompetentes Fachpersonal anziehen zu können. Zweitens dürfen keine **Qualitätsverschlechterungen** bezüglich Angebot

und Service riskiert werden. transfair sieht darin eine unnötige Gefahr für die von der Branche angestrebte **Verbesserung des Modalsplits**.

- Bei einigen Transportunternehmen sind **keine Reserven** mehr vorhanden, um ungedeckte Kosten zu übernehmen. Die linearen Kürzungen hätten Massnahmen beim Angebot und beim Personal zur Folge, wie transfair aus verschiedenen Diskussionen weiss.
- Die Kürzung ist ein **schlechtes Zeichen nach aussen**: Den RPV im Klimakontext zu schwächen, ist fatal.
- Die Kantone als Partner zusammen mit dem Bund bei der Finanzierung des RPV werden bei einer allfälligen Kürzung des Bundesanteils mit der Frage konfrontiert, ob sie eine **unnötige RPV-Lücke 2024 von sich aus ausgleichen**.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Argumente bei Ihrer Entscheid und stehen Ihnen bei Rückfragen jederzeit und gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

transfair – Der Personalverband



Greta Gysin
Präsidentin und Nationalrätin



Bruno Zeller
Branchenleiter Öffentlicher Verkehr